

„Der Nationalstaat ist überholt“

SPIEGEL-Gespräch mit Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) über die Kontrolle des Internets

SPIEGEL: Herr Minister, Sie sind einer der wenigen Bonner Politiker mit Internet-Anschluß. Haben Sie das Gefühl, da müßte mehr Ordnung herrschen?

Schmidt-Jortzig: Überhaupt nicht. Ich habe über E-Mail mit den interessantesten, aber auch verrücktesten Leuten korrespondiert. Viel dummes Zeug kam da zusammen, aber auch höchst lohnende Dinge. Information ohne Grenzen ist für einen Liberalen etwas Wunderschönes.

SPIEGEL: Nun erwarten Politiker wie der Innenminister Manfred Kanther von Ihnen, daß Sie der zügellosen Freiheit auf dem Internet ein Ende setzen. Zur Debatte steht eine staatliche Kontrolle des Internets, SPD-Abgeordnete denken über ein Internet-Strafrecht nach.

Schmidt-Jortzig: Es behagt mir gar nicht, bei diesem Thema immer gleich über Kontrolle und Gefahrenabwehr zu reden. Das Internet ist bisher ohne spezielle Gesetze ausgekommen. Es ist ein Raum, wo jeder nach seiner Fassung glücklich werden kann . . .

SPIEGEL: . . . auch Neonazis, Kinderpornographie-Fans und Anhänger aller möglichen dubiosen Sekten.

Schmidt-Jortzig: Ich wünsche mir, daß wir auf Grund des verantwortlichen Handelns der Nutzer ohne Regulierung auskommen. Ein Liberaler setzt immer erst einmal auf Eigenverantwortung.

SPIEGEL: Wie in den Vereinigten Staaten, wo es seit neuestem Programme gibt, mit denen Eltern verhindern können, daß ihre Kinder Pornographie abrufen können?

Schmidt-Jortzig: Das erinnert mich doch eher an meine Jugendzeit, als dieses gefährliche Ding Fernsehen aufkam und aufrechte Eltern ihren Kindern bestimm-



N. DÄRCHINGER

Internet-Befürworter Schmidt-Jortzig
„Warum immer über Kontrolle reden?“

te Sendungen verboten haben. Dann ging man eben heimlich zu Freunden. Auf das Phänomen, daß man Verbote praktisch nicht durchsetzen kann, stoßen wir im Internet dauernd. Wichtiger wäre es, daß die Internet-Gemeinde ein eigenes Regelwerk entwickelt und dann selbst für Ordnung im Netz sorgt.

SPIEGEL: Das ist ein frommer Wunsch. Übers Internet werden heute Pamphlete, Neonazi-Symbole und Sex-Fotos verbreitet, die auf keinem deutschen Bü-

chertisch verkauft werden dürften. Da muß der Staat doch eingreifen?

Schmidt-Jortzig: Ich persönlich fühle mich nicht eingeengt, wenn im Internet irgendwelche Leute ihre Pornographie zum besten geben. Es gibt aber legitime Interessen der Ordnungsmacht Staat. Er sieht den Jugendschutz in Gefahr, den Ehrschutz und muß dafür sorgen, daß die Gesetze eingehalten werden. Nur ist es sinnlos, wenn die Bemühungen auf ein Land beschränkt bleiben. Das Internet kennt keine Grenzen. Was in einem Staat verboten ist, wird halt anderswo eingespeist.

SPIEGEL: Das klingt fast so, als seien Sie froh darüber, nichts unternehmen zu können.

Schmidt-Jortzig: So ein bißchen ist es tatsächlich, denn wir sind in der ganzen Diskussion ja sehr am Anfang. Vorstellbar wäre beispielsweise, daß man mit einem Gesetz die Internet-Provider in die Pflicht nimmt, also diejenigen, die den Nutzern den Zugang zum weltweiten Netz verschaffen. Die könnten verpflichtet werden, daß sie Internet-Seiten mit verbotenen Inhalten für ihre Kunden sperren.

SPIEGEL: Das wäre so, wie wenn Sie dem Chef der Telekom verbieten wollten, seine Leitungen Kriminellen zur Verfügung zu stellen.

Schmidt-Jortzig: Nein. Sie können den Provider auch als den Besitzer eines elektronischen Zeitungskioskes begreifen. Der wäre natürlich dafür verantwortlich, was er Kunden anbietet.

SPIEGEL: Wer wäre für so ein Gesetz zuständig, der Bund oder die Länder?

Schmidt-Jortzig: Da haben Sie schon das nächste Problem. Ist das Internet so etwas wie Radio und Fernsehen, dann wären die Länder zuständig. Oder ist es Telekommunikation, dann ist Bonn zu-

Das Gespräch führten die Redakteure Thomas Darnstädt und Mathias Müller von Blumencron.



Abgeordneter: Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig in Pixel



Kanzler: Die CDU-Homepage – jetzt auch mit Kohl-Porträt



Haarig: SPD-Spitzenkandidaten mit und ohne Bart



Liberalen: Mitsprachemöglichkeit ohne Fünf-Prozent-Hürde für die FDP

ständig. Aber wer? Das absterbende Postministerium vielleicht, das

Zukunftsministerium oder doch gleich der Justizminister? Die Verfassungsväter von 1949 haben ja nicht geahnt, was da mal entstehen wird, als sie die Verantwortlichkeiten festlegten. Nun passen die guten alten Grundsätze nicht mehr so recht.

SPIEGEL: Muß man wegen des Internets im Grundgesetz die heiligen Regeln der Länderzuständigkeit für den Rundfunk ändern?

Schmidt-Jortzig: Ja, das könnte sein. Politisch sinnvoll wäre, wenn sich der Bund ums Internet kümmert.

SPIEGEL: Wenn Sie die Provider für die Internet-Inhalte verantwortlich machen wollen, müßten diese Firmen Hunderte von Mitarbeitern einstellen. Tag für Tag müßten die das Netz nach Verbotenem durchkämmen, eine Armee von Privatensoren. Ist das einem liberalen Justizminister nicht unheimlich?

Schmidt-Jortzig: Das wäre der Preis, den wir zahlen müßten, wenn wir das Netz juristisch in den Griff bekommen wollten. Allerdings wird in der Praxis kein Provider diesen Aufwand treiben. Die würden dann nach Andorra, Liechtenstein oder Luxemburg abwandern. Ändern würde sich kaum etwas: Die Deutschen könnten sich auch über diese Länder ins Internet einwählen, einzig ihre Telefongebühren wären höher. Dafür würden wir interessante Unternehmen mit großen Zuwachsraten verlieren, viele zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Technisch und wirtschaftlich macht also ein solcher Alleingang kaum Sinn. Erreichen können wir allenfalls et-



Protest gegen Online-Zensur*: „Das Internet kennt keine Grenzen“

was, wenn wir die Verantwortlichkeit der Provider in einem europäischen Abkommen festschreiben . . .

SPIEGEL: . . . was Ihnen wenig gegen Rechtsradikale hilft, die von den Vereinigten Staaten aus, von Paraguay oder Australien Propaganda ins Netz einspeisen.

Schmidt-Jortzig: Das ist richtig. Der nächste Schritt wäre eine weltweite

* Am 4. Januar vor dem Goethe-Institut in San Francisco wegen der durch deutsche Ermittlungsbehörden erwirkten Sperre von 200 Sex-Diskussionsforen.

weiter die Äußerung „Soldaten sind Mörder“ verbreitet werden darf, wo Sie doch gerade ein juristisch zweifelhaftes Gesetz vorgestellt haben, das die Beleidigung von Soldaten unter schwere Strafe stellt?

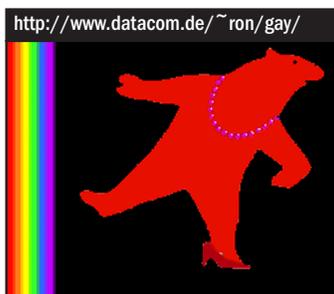
Schmidt-Jortzig: Die Frage ist doch nicht, ob ein Verbot im Gesetz steht. Selbstverständlich ist es in Deutschland auch in Zukunft strafbar, Nazi-Propaganda oder Kinderpornographie zu verbreiten, egal ob auf Papier oder im Internet. Die Frage ist, ob wir das Verbot durchsetzen können. Ich sehe schon

Konvention oder ein UN-Abkommen. Wenn ich mir allerdings angucke, wie lange so etwas braucht, wird es damit in den nächsten zehn Jahren nichts. Das darf uns aber nicht davon abhalten, es trotzdem zu versuchen.

SPIEGEL: In den Vereinigten Staaten geht die Meinungsfreiheit weiter als in Deutschland. Die US-Regierung wird wohl niemals ein Abkommen unterzeichnen, das amerikanischen Rechten das Verbreiten der Auschwitz-Lüge via Internet verbietet.

Schmidt-Jortzig: Das zeigt das grundsätzliche Problem der modernen Kommunikationsgesellschaft. Wenn ich mir die Mobilität der Menschen ansehe und die technische Entwicklung, dann ist unser Denken in nationalen Ordnungen nicht mehr zeitgemäß. Damit werden wir das Netz nicht in den Griff bekommen. Ich denke eher, daß wir uns wohl oder übel von dem Gedanken verabschieden müssen, auf dem Internet deutsche Gesetze durchzusetzen.

SPIEGEL: Sie wollen zulassen, daß im Internet



Regenbogen: Berlins schwule Seiten mit gutem Draht zum Berlinale-Teddybär



Stadtgeschichten: Über 70 deutsche Kommunen (hier: München) preisen sich an



Codeknacker: Der Chaos Computer Club – Deutschlands bekannteste Hackertruppe



Kundenfortbildung: Cockpit-Kurs für Überflieger bei der Lufthansa-Schule

jetzt die Nutzer, die dann eben von Luxemburg aus ihre Sprüche und Pamphlete ins Netz einspeisen und die ohnmächtigen deutschen Behörden mit Hohnge lächter überziehen. Ich finde das nicht toll, sehe aber keine Lösung.

SPIEGEL: Das Internet als rechtsfreier Raum inmitten eines bis in kleinste Details geregelten Gemeinwesens. Stellt das nicht den Rechtsstaat in Frage?

Schmidt-Jortzig: Es geht nicht um einen rechtsfreien Raum, die Problematik ist viel grundlegender: Ich halte das Internet mit den grenzenlosen Kommunikationsmöglichkeiten, mit seiner anarchischen Struktur für eine der spannendsten Herausforderungen, die sich der Staat derzeit gefallen lassen muß. Schneller, als wir gedacht haben, wird sich erweisen, daß der traditionelle Nationalstaat überholt ist. Eine Rechtsordnung, die an den Grenzen eines bestimmten Territoriums endet, wird sich in einer offenen Gesellschaft immer schwerer verteidigen lassen. Ein globales Medium bekommen wir nur global in den Griff – oder gar nicht.

SPIEGEL: Wie wollen Sie dem Mann auf der Straße begreifbar machen, daß der Staat seine eigenen Gesetze nicht mehr durchsetzen kann?

Schmidt-Jortzig: Ich weiß, die Diskrepanz ist nur schwer zu ertragen. Aber wir können das Internet doch nicht verbieten, nur weil es das Weltbild einiger Altvorderen sprengt. Das schaffen nicht einmal die Chinesen.

SPIEGEL: Unter den Internet-Fans herrscht jetzt schon die Meinung vor: Wir sind Weltbürger im Weltreich Internet. Um nationale Vorstellungen müssen wir uns nicht kümmern, das ist alles relativ.

Schmidt-Jortzig: Das ist eine wirklich schöne Vision. Doch aus der Fülle meiner Lebenserfahrung von Mitte 50 sage ich denen: Also, Freunde, das ist leider noch sehr unrealistisch.

SPIEGEL: Es sieht doch so aus, als ob diese Leute recht bekommen.

Schmidt-Jortzig: Ganz so schnell werden sich die Nationalstaaten nun doch nicht auflösen. Sie werden noch eine ganze Zeit lang die maßgeblichen Regelungseinheiten der Weltordnung bleiben und diese Funktion auch verteidigen. Aller-

dings befürchte ich, daß dieser Abwehrkampf letztlich erfolglos sein wird.

SPIEGEL: Die deutschen Behörden wehren sich besonders kräftig. In den vergangenen Wochen leiteten Staatsanwälte, begleitet von weltweiten Protesten, Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen von Internet-Providern ein. Der Vorwurf lautet auf die Verbreitung von verbotener Kinderpornographie.

Schmidt-Jortzig: Das Vorgehen der bayerischen Ermittler ist völlig legitim. Aber ob es dann auch zu einer Verurteilung kommen wird, ist eine andere Sache. Die Beschuldigten werden mit einigem Recht darauf hinweisen, daß sie nicht jedes der Millionen von Internet-Angeboten aus aller Welt überprüfen können. Für mich scheint unsere Rechtsordnung da jedenfalls nicht zwingend. Anders wäre es, wenn ich in einem Gesetz vorschreibe, daß die Provider für die Inhalte verantwortlich sind, die Internet-Nutzer über sie abrufen.

SPIEGEL: Wer soll denn sonst Ihrer Meinung nach für Ordnung sorgen im Netz? Wollen Sie eine Cyber-Patrol?

Schmidt-Jortzig: Wenn wir eine global community haben, dann kann es so etwas geben. Eine deutsche Streifenpolizei im Internet allerdings wäre heute völlig sinnlos.

SPIEGEL: Also keine Polizei-Kontrolle auf der Info-Bahn?

Schmidt-Jortzig: Wenn ich tatsächlich aller Argumentation zum Trotz das Internet mit Normen und Verboten regeln will, dann bräuchte ich natürlich so eine Kontrolle, eine neue Bundesdatenpolizei. Aber auf diese absurde Idee kommt, glaube ich, niemand, weil jeder weiß, daß dies dann auch der Tod dieses Zukunftssektors in Deutschland wäre.

SPIEGEL: Drängen sich schon Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst nach neuen Aufgaben?

Schmidt-Jortzig: Das wäre eine schreckliche Vorstellung.

SPIEGEL: Möglicherweise surfen die Geheimdienstler schon heute durchs Netz.

Schmidt-Jortzig: Das weiß ich nicht. Surfen darf jeder. Das darf allerdings nicht so weit gehen, daß sich der Verfassungsschutz als Datenpolizei geriert. Dazu bräuchte er eine gesetzliche Ermächtigung. Wir haben mit den Daten-

schützern schon einmal darüber nachgedacht, ob wir nicht für die Internet-Nutzer eine umfangreiche Aufklärungskampagne starten sollten. Denn jeder, der sich in diesem unregelmäßigem Zustand auf die Datenbahn begibt, sollte wissen, daß er das mit einem gewissen Risiko tut. Es gibt dort keinen vollwertigen Datenschutz. Und der Staat kann auch kaum dafür sorgen, daß sich das ändert, sondern nur über Gefahren aufklären.

SPIEGEL: Deshalb nutzen schon heute viele Internet-User zum Versenden ihrer Nachrichten Verschlüsselungsprogramme, die derzeit keine Polizei der Welt knacken kann. Der Nachteil: Auch die Mafia hat das mitbekommen. Wollen Sie die Verschlüsselung verbieten?

Schmidt-Jortzig: Warum sollte ich verbieten, daß jemand bei einem noch recht unsicheren Medium wie dem Internet seine privaten Nachrichten codiert, und wenn es nur die Bundesliga-Ergebnisse sind.

SPIEGEL: Auf der einen Seite befürworten Sie den Großen Lauschangriff, auf der anderen Seite wissen Sie, daß Kriminelle ohne Angst vor Abhörmaßnahmen im Netz kommunizieren können.

Schmidt-Jortzig: Selbst wenn ich es wollte, könnte ich das Verbot kaum durchsetzen. Verschlüsselungsprogramme können Sie sich frei aus dem Internet auf Ihren Computer herunterladen. Mittlerweile gibt es sogar Software, die Ihnen erlaubt, in einer normalen E-Mail eine weitere Nachricht zu verstecken, ohne daß dies erkennbar ist. Der Staat befindet sich derzeit auf einem Verfolgungsrennen, das er gar nicht gewinnen kann. Das befreit uns natürlich nicht von der Pflicht, die Verfolgung erst einmal aufzunehmen.

SPIEGEL: So rasch hat der Staat selten aufgegeben. Freie Fahrt für freie Bürger?

Schmidt-Jortzig: Ich weiß, daß es da große Skepsis gibt. Ich befürchte nur, daß diejenigen, die der Entwicklung entgegenwirken, nachher doch die Waffen strecken müssen. Jeder nationale Lösungsversuch wird eben zu kurz greifen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Vertreter: Der Bundestag stellt jeden Abgeordneten auf eine Internet-Seite



Konsequent: Was wäre ein anarchisches Netz ohne Anarchisten?



Galerie: World-Wide-Arts-Archiv – die alten Meister voll digitalisiert



Klickstarter: Sex im Internet ist oft harmloser, als Sittenwächter meinen